

http://www.focus.de/politik/deutschland/nebeneinkuenfte-der-politiker-bis-zu-1-1-millionen-euro-diese-bundestags-mitglieder-verdienen-am-meisten_id_4856243.html



Nebeneinkünfte der Politiker

Bis zu 1,1 Millionen Euro: Diese Bundestags-Abgeordneten verdienen am meisten nebenbei

Montag, 03.08.2015, 15:04



Foto: dpa/Wolfgang Kumm Der Plenarsaal im Reichstagsgebäude

Die Abgeordneten des Bundestags haben seit der letzten Wahl mindestens 11,6 Millionen Euro durch Nebentätigkeiten verdient. Am meisten verdienen sich die Parlamentarier von CDU und CSU dazu. Der erste SPD-Politiker steht auf Platz 12 der Liste.

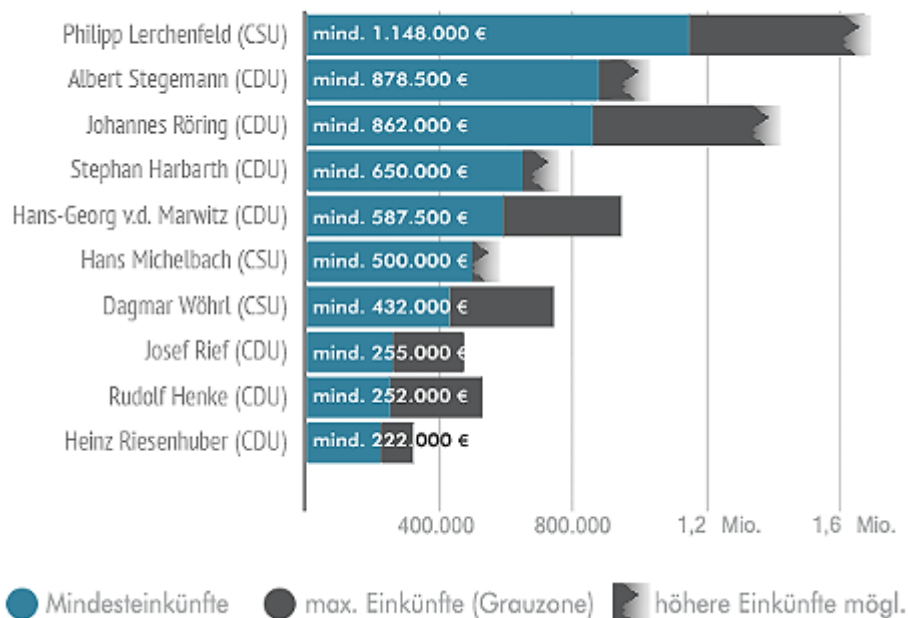
- **Ranking verzeichnet alle Nebeneinkünfte von Bundestagsabgeordneten**
- **Top-10 nur Unionspolitiker**

- **Blog beklagt Intransparenz bei Nebeneinnahmen**
- **Liste aller 156 Abgeordneten am Ende des Artikels**

Rund 11,6 Millionen Euro sollen die Bundestagsabgeordneten seit der Wahl verdient haben, [berichtet "abgeordnetenwatch.de"](#). Zu den Spitzenverdienern gehören ausnahmslos Unionspolitiker. Albert Stegemann (Landwirt, CDU), Johannes Röring (Landwirt, CDU), Stephan Harbarth (Vorstand einer Wirtschaftskanzlei, CDU), Hans-Georg von der Marwitz (Landwirt, CDU) und Hans Michelbach (Mitglied der Geschäftsführung einer Unternehmensgruppe, CDU) kommen auf mindestens 500.000 Euro oder darüber.

Sieben verdienten vergangenes Jahr mit ihrem Zweitjob mehr als die Bundeskanzlerin, die 2014 auf Bezüge in Höhe von 222.081 Euro kam. Einer knackt sogar die Millionengrenze: Mit Einnahmen von mindestens 1.148.000 Euro führt der CSU-Politiker und Landwirt Philipp Lerchenfeld die Top-10 an. Das ist die Top-10 der Spitzenverdiener:

Die 10 Spitzenverdiener im Deutschen Bundestag



abgeordnetenwatch.de Das ist die Top-10 der Spitzenverdiener im Deutschen Bundestag. Auf Platz 12 ist der erste SPD-Politiker zu finden: Ex-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück. Seine Nebeneinkünfte liegen laut "abgeordnetenwatch" zwischen 189.000 und 323.500 Euro in dieser Legislaturperiode, beispielsweise durch seine Tätigkeit bei einer Unternehmensberatung. Seine Tätigkeit als Honorarredner sorgte schon 2010 für eine öffentliche Diskussion über die Frage, welche Angaben Abgeordnete über ihre Nebeneinkünfte machen sollen – und über die Schicklichkeit von Einnahmen der Politiker.

Die Folge war eine Reform der Veröffentlichungspflicht. Es wurde ein 10-Stufen-System eingeführt. Abgeordnete müssen dabei nicht die tatsächliche Höhe ihrer Nebeneinkünfte eintragen, sondern sich lediglich einer der zehn Stufen zuordnen. Die Folge, so die Betreiber des Blogs: eine riesige Grauzone von rund zehn Millionen Euro.

Als Beispiel nennt „abgeordnetenwatch“ Hans Michelbach. Der CSU-Politiker steht mit Einkünften von mindestens 500.000 Euro auf Platz 6 des Rankings. Als Mitglied der

Geschäftsführung einer Unternehmensgruppe kassiere er jährlich Einkünfte der "Stufe 10", also "mindestens 250.000 Euro". Der tatsächliche Betrag könne aber noch viel höher liegen.

Brutto ungleich Netto

Dass die Beträge nicht unbedingt Gewinne darstellen, zeigt das Beispiel Graf Philipp von Lerchenfeld. Auf dem Papier ist er der Spitzenverdiener. Zu FOCUS Online sagte er aber: „Die ganzen Einnahmen sind Bruttoerlöse meines landwirtschaftlichen Betriebs und sind in der dargestellten Höhe richtig.“ Allerdings entspreche der Betrag nicht dem Gewinn: „Durch Materialeinkäufe, Abschreibungen und Personalkosten liegt der Nettobetrag deutlich niedriger“, so Graf Lerchenfeld.

Er hält die Liste der Nebeneinkünfte für verwirrend. „Sie bringt wenig ohne die entsprechende Erläuterung“, sagt der CSU-Politiker. „So wie ich es erkenne, sollen Beziehungen zu Geschäftspartnern dargestellt werden. Insofern sind die richtigen Dinge erfasst. Aber es müsste erläutert werden, dass beispielsweise Honorarverträge eine andere Qualität als landwirtschaftliche Tätigkeiten haben.“

"Verschleierung von Nebeneinkünften stoppen!"

Die Betreiber des Blogs vermuten, dass unter allen Abgeordneten die tatsächliche Summe der Nebeneinkünfte noch viel höher liegt. Fast zehn Millionen könnte demnach nochmal oben drauf kommen. Diese zusätzlichen Nebeneinkünfte bleiben aufgrund der Veröffentlichungsregeln des Bundestags aber vor den Augen der Öffentlichkeit verborgen.

Die Kritik: Beträge unterhalb von 1000 Euro monatlich oder 10.000 Euro jährlich müssten gar nicht gemeldet werden, Gewinne aus Unternehmensbeteiligungen tauchten auch nirgends auf. Deswegen hat „abgeordnetenwatch“ [nun eine Petition gestartet](#).

Unter dem Titel "Verschleierung von Nebeneinkünften stoppen!" werden die Bundestagsabgeordneten aufgefordert, ein „striktes Transparenzgesetz“ zu beschließen. Konkret fordern sie, „die Offenlegung aller Nebeneinkünfte vom ersten Euro bis zum letzten Cent sowie die namentliche Nennung aller Geldgeber“.